

Anfrage Roffler betreffend Umsetzung von Artikel 7a Jagdgesetz und dessen Konkretisierung in der Verordnung

Gemäss heutigem Stand ist die Umsetzung von Art. 7a Abs. 2 des eidgenössischen Jagdgesetzes (JSG) auf die Verordnungsstufe (Jagdverordnung, JSV) nicht vollständig (lit. a) beziehungsweise nicht wortgetreu (lit. c) erfolgt. Insbesondere besteht eine Diskrepanz zwischen Gesetz und Verordnung in zwei zentralen Punkten:

1. Regulation des Wolfes zum Schutz von Lebensräumen und Artenvielfalt

Art. 7a Abs. 2 lit. a JSG erlaubt eine Regulierung des Wolfes, wenn Lebensräume oder die Artenvielfalt bedroht sind. Geschützte Lebensräume wie Flachmoore und Trockenwiesen und -weiden geniessen gemäss Verfassung sowie Natur- und Heimatschutzgesetz einen umfassenden Schutz. Die meisten dieser Flächen sind auf eine Bewirtschaftung, etwa durch Beweidung oder Mahd, zwingend angewiesen. Wird diese Bewirtschaftung durch die Präsenz von Wölfen verunmöglicht oder stark erschwert, droht der Verlust des naturschutzfachlichen Werts dieser Flächen. Massgebend sind insbesondere die Roten Listen der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten sowie die Listen der Verantwortungs- und Prioritätsarten. Der Wolf hat die geringste Verantwortung und Priorität, und sein potenzielles Verbreitungsgebiet ist in der Schweiz nicht auf das Berggebiet beschränkt. Mehrere hundert Verantwortungsarten kommen in der Schweiz ausschliesslich im Berggebiet vor und sind obligatorisch auf bewirtschaftete Wiesen und Weiden angewiesen. Gemäss Berner Konvention gilt der Wolf seit kurzem als «geschützt». Damit hat er den gleichen Schutzstatus wie Spitzmäuse, Rothirsch, Reh, Murmeltier, Dachs und Steinmarder. Anhang II der Berner Konvention umfasst die «streng geschützten» Arten. Die Liste umfasst mehrere hundert Arten, von denen etliche auch in Graubünden im Landwirtschaftsland vorkommen. Es stellt sich die Frage, wie der Kanton den Schutz der betreffenden Arten sicherstellt, wenn die Wolfspräsenz zu direkten und indirekten Beeinträchtigungen führt.

2. Regulation des Wolfes bei übermässiger Dezimierung von Wildbeständen

Art. 7a Abs. 2 lit. c JSG lässt die Regulation von Wölfen zu, um «regional angemessene Wildbestände zu erhalten». In der Verordnung (Art. 4b Abs. 2 lit. b JSV) wurde dieser Gedanke jedoch inhaltlich angepasst: Regulationen sind zulässig für die «Verhütung einer übermässigen Senkung des regionalen Bestandes an wildlebenden Paarhufern». Es sind also nicht mehr die Wildbestände im Allgemeinen genannt, sondern nur noch die Paarhufer. Diese Abkehr von der Gesetzesintention ist sehr problematisch. Sie birgt das Risiko, dass gefährdete und geschützte Wildtiere wie z. B. die Niederwildarten Auer- und Birkhuhn sowie Schnee- und Feldhase zusätzlich in Bedrängnis geraten. Diese Arten können durch direkte Prädation, Lebensraumverlust durch Aufgabe von Alp- und Waldweiden sowie durch Herdenschutzmassnahmen (Herdenschutzhund, Zäune, nächtliche Störaktionen mittels Licht und Lärm) zusätzlich gefährdet werden. Für diese Arten werden schweizweit und speziell im Kanton Graubünden gezielte Fördermassnahmen durchgeführt. Es ist widersinnig, wenn aufwändige Förderungen durch den Wolfschutz konterkariert werden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie gedenkt die Regierung die Diskrepanz zwischen den Bestimmungen des Gesetzes (Art. 7a JSG) und der entsprechenden Verordnung (Art. 4b JSV) in der Praxis sauber aufzulösen?
2. Ist die Regierung bereit, bei einer Gefährdung geschützter Lebensräume und Arten die Regulierung von Wölfen aktiv einzuleiten, um die einschlägigen Naturschutzbestimmungen zu gewährleisten?
3. Teilt die Regierung die Einschätzung, dass das JSG eine Regulierung auch dann zulässt, wenn infolge der Wolfspräsenz Niederwildbestände regional auf ein naturschutzfachlich ungenügendes Mass dezimiert werden respektive sich bereits auf einem zu tiefen Niveau befinden? Falls ja: Wie wird diese Bestimmung (Art. 7a Abs. 2 lit. c JSG) im Vollzug konkret umgesetzt?

Chur, 22. Oktober 2025

Roffler, Zanetti (Sent), Schutz, Bärtsch, Beeli, Berther, Brandenburger-Caderas, Brunold, Caduff, Candrian (Flims Dorf), Casutt, Cortesi, Crameri, Crüzer, Della Cà, Dürler, Furger, Gort, Grass, Hassler, Heim, Holzinger-Loretz, Jochum, Koch, Kocher, Krättli, Laim, Lamprecht, Lehner, Loi, Luzio, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Morf, Padrun, Righetti, Schneider, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Ulber Daniel, von Tscharnet



Sitzung vom

13. Januar 2026

Mitgeteilt den

15. Januar 2026

Protokoll Nr.

1/2026

Anfrage Roffler

betreffend Umsetzung von Artikel 7a Jagdgesetz und dessen Konkretisierung in der
Verordnung

Antwort der Regierung

Mit der Einführung von Art. 7a des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG; SR 922.0) wurde die Grundlage geschaffen, analog der Zuständigkeitsordnung für das (geschützte) Steinwild präventiv auch Wolfsbestände zu regulieren. Die Ausführungsbestimmungen der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdverordnung, JSV; SR 922.01) konkretisieren diesen gesetzlichen Auftrag. Das Verhältnis von Ausführungsbestimmungen zu übergeordnetem Gesetz kann umfassender Natur sein, indem die Verordnung alle Aspekte des Gesetzes konkretisiert, oder nur punktueller Natur, wenn die Verordnung einzelne Aspekte des Gesetzes konkretisiert. Wie weit oder eng der Regelungsgegenstand einzelner Ausführungsbestimmungen gefasst wird, hängt insbesondere vom Willen des Gesetzgebers ab. Dieser Wille ergibt sich aus den Gesetzesmaterialien (parlamentarische Initiative UREK-SR 21.502 «Wachsende Wolfsbestände geraten ausser Kontrolle und gefährden ohne die Möglichkeit zur Regulierung die Landwirtschaft», Bericht der UREK-SR). Danach bildet die proaktive Bestandesregulierung des Wolfs zum Schutz der Land- und Alpwirtschaft das Kernstück der Revisionsvorlage.

Art. 7a Abs. 2 lit. a JSG dient gemäss Gesetzesmaterialien als zentrale Begründung für die Regulierung von Steinbockbeständen. Mit Art. 7a Abs. 2 lit. c JSG wurde der Erhalt jagdbarer Wildhufttierbestände als eigenständiges Ziel eingeführt, das ebenfalls eine Regulierung von Steinbock- oder Wolfsbeständen rechtfertigen kann. Dieser Wille des Gesetzgebers schlug sich auf die Ausführungsbestimmungen nieder. Die Regierung bekennt sich ausdrücklich zum Schutz und zur Erhaltung der in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV; SR 101) und im Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG; SR 451) verankerten Lebensräume und Artenvielfalt sowie zu einer nachhaltig bewirtschafteten alpinen Kulturlandschaft. Aktuelle kantonale und nationale Monitoringprogramme ergeben keine Hinweise, dass die Wolfspräsenz derzeit geschützte Lebensräume oder seltene Arten gefährdet.

Zu Frage 1: Die behaupteten Diskrepanzen beruhen auf einer zu weitgehenden Interpretation des Gesetzeswortlauts und einer ökologisch einseitigen Betrachtung. Die Umsetzung von Art. 7a Abs. 2 JSG in der Jagdverordnung ist sowohl fachlich begründet als auch rechtlich korrekt. Die Regierung sieht deshalb aktuell keinen Handlungsbedarf, deswegen beim Bund zu intervenieren. Da aber langfristige ökologische Auswirkungen durch den Wolf in unserer Kulturlandschaft noch unzureichend untersucht sind, unterstützt die Regierung laufende Forschungsinitiativen wie das Projekt «Integriertes Monitoring und Management» (KORA 2022–2025), das eine verbesserte wissenschaftliche Grundlage schaffen soll.

Zu Frage 2: Aus Sicht der Regierung drängt sich die in Art. 7a Abs. 2 lit. a JSG vorgesehene Regulierung zum Schutz der Biodiversität gegenwärtig weder fachlich noch rechtlich auf. Relevante Auswirkungen auf geschützte Offenlandarten wären vor allem dort zu erwarten, wo Bewirtschaftungsaufgaben grossflächig erfolgen. Dafür liegen gegenwärtig keine Belege vor. Eine Regulierung nach Art. 7a Abs. 2 lit. a JSG würde geprüft, wenn kumulativ (i) eine dokumentierte Gefährdung geschützter Lebensräume oder prioritärer Arten, (ii) ein nachweislicher Kausalzusammenhang mit der Wolfspräsenz, und (iii) das Scheitern milderer, verhältnismässiger Schutzmassnahmen vorliegt. Eine generelle oder präventive Regulierung des Wolfs ohne desbezügliche belastbare Nachweise widerspräche den Vorgaben des Bundesrechts.

Zu Frage 3: Die Bestimmung von Art. 7a Abs. 2 lit. c JSG wird durch Art. 4b Abs. 2 lit. b JSV konkretisiert, wonach eine Regulierung zur „Verhütung einer übermässigen Senkung des regionalen Bestands an wildlebenden Paarhufern“ (Reh, Hirsch, Gämse, Steinbock, Wildschwein) zulässig ist. Eine Regulation aufgrund einer übermässigen Senkung des Bestandes an jagdbaren Niederwildarten ist in Art. 7a Abs. 2 lit. c JSG somit nicht vorgesehen. Allerdings wäre gemäss Art. 7a Abs. 2 lit. a JSG eine Regulation des Wolfsbestandes dann möglich, wenn Niederwildarten durch die Wolfspräsenz nachweislich in ihrem Fortbestand gefährdet würden. Es liegen derzeit jedoch keine wissenschaftlichen Belege vor, welche auf einen solchen Effekt hindeuten. Die Regierung wird weiterhin sicherstellen, dass das Monitoring von Wildbeständen – einschliesslich Niederwild – laufend aktualisiert und in die kantonalen Wildtiermanagementstrategien integriert wird. Sollten sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse künftig ändern, würde eine Regulierung geprüft.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Martin Bühler

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Dumonda Roffler concernent la realisaziun da l'artitgel 7a da la Lescha da chatscha e sia concretisaziun en l'ordinaziun

Tenor il stadi actual n'è l'art. 7a al. 2 da la Lescha federala da chatscha (LChP) betg vegnì realisà cumpletmain sin il stgalim da l'ordinaziun (Ordinaziun da chatscha, OChP) (lit. a) respectivamain betg pled per pled (lit. c). Ina discrepanza tranter la lescha e l'ordinaziun datti particularmain en dus puncts centrals:

1. Regulaziun dals lufs per proteger ils spazis da viver e la diversitad da las spezias

L'art. 7a al. 2 lit. a LChP permetta da regular ils lufs, sch'ils spazis da viver u la diversitad da las spezias èn periclitads. Spazis da viver protegids sco palids planivas u pastgiras e prads sitgs giaudan tenor la Constituziun sco er tenor la Lescha per promover la protecciun da la natira e da la patria ina protecciun cumplexsiva. La gronda part da questas surfatschas èn obligatoricamain dependentas d'ina cultivaziun, per exempel cun laschar pascular u cun segar. Sche questa cultivaziun daventa nunpussai vla u zunt difficila pervia da la preschientscha da lufs, pudessan questas surfatschas perder lur valor per la protecciun da la natira. Decisivas èn en emprima lingia las glistas cotschnas da las spezias d'animals e da plantas periclitadas sco er las glistas da las spezias sut responsabladad e da las spezias da prioritad. Per il luf inditgescha questa glista ina responsabladad ed ina prioritad minimala. Plinavant n'è il territori da derasaziun potenzial dal luf en Svizra betg limità al territori da muntogna. Plires tschient spezias sut responsabladad vegnan avant en Svizra exclusivamain en il territori da muntogna ed èn obligatoricamain dependentas da pastgiras cultivadas e da prads cultivads. Tenor la Convenziun da Berna vala il luf dapi curt temp sco «protegi». Uschia ha el il medem status da protecciun sco il misarogn, il tschierv, il chavriel, la muntanella, il tais e la fiergna dal puppen alv. L'aggiunta II da la Convenziun da Berna cuntogna las «spezias strictamain protegidas». La glista cumpiglia pliras tschient spezias. Insaquantas da questas spezias vegnan avant er en il terren agricul dal Grischun. La dumonda sa tschenta, co ch'il chantun garantescha la protecciun da las spezias respectivas, sche la preschientscha dal luf chaschuna donns directs ed indirects.

2. Regulaziun dals lufs en cas d'ina decimaziun excessiva da populaziuns da selvaschina

L'art. 7a al. 2 lit. c LChP permetta da regular ils lufs, per «mantegnair populaziuns da selvaschina adequatas sin plaun regiunal». En l'ordinaziun (art. 4b al. 2 lit. b OChP) è questa idea dentant vegnida adattada tematicamain: regulaziuns èn permessas per «impedir ina reducziun excessiva da la populaziun regiunala da mamals selvadis cun unglas pèr». Numnadas n'èn pia betg pli las populaziuns da selvaschina en general, mabain mo anc ils mamals cun unglas pèr. Questa negligentscha da l'intenziun da la lescha è fitg problematica. Ella cuntogna la ristga, che animals selvadis periclitads e protegids, sco p.ex. las spezias da chatscha bassa cot da draussa e cot selvadi pitschen sco er lieur alva e lieur brina, vegnian en miseria. Questas spezias pon vegnir periclitadas supplementarmain tras predaziun directa, tras perdita dal spazi da viver perquai ch'ins ha dà si pastgiras d'alp e da guaud sco er tras mesiras per la protecciun da muntaneras (chauns da protecciun da muntaneras, saivs, disturbis durant la notg tras glisch e canera). Per questas spezias vegnan prendidas mesiras da promoziun sistematicas sin nivel naziunal e spezialmain en il chantun Grischun. I na fa betg senn, sche promoziuns charas vegnan impedidas pervia da la protecciun dal luf.

En quest senn supplitgain nus la Regenza da responder las suandantas dumondas:

1. Co quinta la Regenza da schliar en la pratica accuratamain la discrepanza tranter las disposiziuns da la lescha (art. 7a LChP) e da l'ordinaziun respectiva (art. 4b OChP)?
2. È la Regenza pronta, d'introducir activamain la regulaziun dals lufs, sche spazis da viver protegids e spezias protegidas èn periclitads, quai per ademplir las disposiziuns respectivas da la protecciun da la natira?
3. È er la Regenza da l'avis, che la LChP permettia ina regulaziun er, sche las populaziuns da chatscha bassa vegnan – pervia da la preschientscha dal luf – decimadas sin plaun regiunal ad ina dimensiun insufficienta per la protecciun da la natira respectivamain èn gia sin in nivel memia bass? Sche gea: Co vegn questa disposiziun (art. 7a al. 2 lit. c LChP) a vegnir realisada concretamain en l'execuziun?

Cuira, ils 22 d'october 2025

Roffler, Zanetti (Sent), Schutz, Bärtsch, Beeli, Berther, Brandenburger-Caderas, Brunold, Caduff, Candrian (Flem Vitg), Casutt, Cortesi, Cramer, Crüzer, Della Cà, Dürler, Furger, Gort, Grass, Hassler, Heim, Holzinger-Loretz, Jochum, Koch, Kocher, Krättli, Laim, Lamprecht, Lehner, Loi, Luzio, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Morf, Padrun, Righetti, Schneider, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Ulber Daniel, von Tscharnner



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

13 da schaner 2026

15 da schaner 2026

1/2026

Dumonda Roffler

concernent la realisaziun da l'artitgel 7a da la Lescha da chatscha e sia
concretisaziun en l'ordinaziun

Resposta da la Regenza

Cun l'introducziun da l'art. 7a da la Lescha federala davart la chatscha e la protecziun dals mamifers e dals utschels selvadis (Lescha da chatscha, LChP; CS 922.0) è vegnida stgaffida la basa per regular – analogamain a l'urden da competenzas per ils capricorns (protegids) – preventivamain er populaziuns da lufs. Las Disposiziuns executivas tar l'Ordinaziun davart la chatscha e la protecziun dals mamifers e dals utschels selvadis (Ordinaziun da chatscha, OChP; CS 922.01) concretiseschan questa incumbensa legala. La relaziun tranter las disposiziuns executivas e la lescha surordinada po esser da natira generala, sche l'ordinaziun concretisescha tut ils aspects da la lescha, ubain mo da natira punctuala, sche la ordinaziun concretisescha singuls aspects da la lescha. Quant generalmain u quant stretgamain che l'object da regulaziun da singulas disposiziuns executivas vegn formulà, dependa en spezial da la voluntad dal legislatur. Questa voluntad resulta da las materialias legalas (Iniziativa parlamentara CAPTE-C 21.502 «L'augment da las populaziuns da lufs daventa nuncontrollabla e senza la pussaivladad da regulaziun, periclitescha el l'agricultura», rapport da la CAPTE-C). Tenor questa iniziativa parlamentara è la regulaziun da las populaziuns da lufs a favur da la protecziun da l'agricultura e da l'economia d'alp l'element central dal project da revisiun. L'art. 7a al. 2 lit. a LChP serva – tenor las materialias legalas – sco motivaziun centrala per la regulaziun da las populaziuns da capricorns. Cun l'art. 7a al. 2 lit. c LChP è vegnida introducida la finamira autonoma da mantegnair las populaziuns d'animals selvadis cun unglà, ch'èn permess da vegnir sajettads. Quai po medemamain giustifigar ina regulaziun da las populaziuns da capricorns u da las populaziuns da lufs. Questa voluntad dal legislatur è sa manifestada en las disposiziuns executivas. La Regenza sustegna explicitamain l'idea da proteger e da mantegnair ils spazis da viver ch'èn francads en la Constituziun federala da la Confederaziun svizra (Cst.; CS 101) ed en la Lescha federala davart la protecziun da la natira e da la patria (LPNP; CS 45.1) sco er la diversitad da las spezias ed ina cuntrada alpina che vegn cultivada en moda persistente. Ils programs da monitoring chantunals e nazionals vertents na cuntengnan nagins indizis, che la preschientscha dal luf periclitass actualmain spazis da viver protegids u spezias raras.

Tar la dumonda 1: Las discrepanzas che vegnan fatgas valair en la dumonda, sa basan sin ina interpretaziun dal text da lescha, che va memia lunsch e sin ina consideraziun ecologica unilateral. La realisaziun da l'art. 7a al. 2 LChP en l'Ordinaziun da chatscha è tant materialmain giustifitgada sco er giuridicamain correct. Perquai na vesa la Regenza actualmain nagin basegn d'intervegnir en chausa tar la Confederaziun. Ma perquai che las consequenzas ecologicas a lunga vista da l'existenza dal luf en nosa cuntrada cultivada n'èn anc betg analisadas suffizientmain, sustegna la Regenza iniziativa da perscrutaziun currentas sco il project «Monitoring integrà e management» (KORA 2022–2025), che duai meglierar la basa scientifica.

Tar la dumonda 2: Ord vista da la Regenza na s'impona la regulaziun prevista en l'art. 7a al. 2 lit. a LChP per proteger la biodiversitad actualmain ni per motivs materials ni per motivs giuridics. Consequenzas relevantas sin spezias protegidas da la cuntrada senza gaud èn da spetgar cunzunt là, nua ch'i vegnan cultivadas grondas surfatschas. Actualmain na datti naginas cumprovas respectivas. Ina regulaziun tenor l'art. 7a al. 2 lit. a LChP vegniss examinada, sch'i fissan avant maun cumulativamain (i) ina periclitaziun documentada da spazis da viver protegids u da spezias prioritarias, (ii) ina relaziun causala cumprovada cun la preschientscha dal luf, e (iii) mesiras da protecziun pli moderadas e pli commensuradas avessan fatg naufragi. Ina regulaziun generala u preventiva dal luf senza cumprovas adequatas respectivas s'opponiss a las prescripziuns dal dretg federal.

Tar la dumonda 3: La disposiziun da l'art. 7a al. 2 lit. c LChP vegn concretisada en l'art. 4b al. 2 lit. b OChP, che admetta ina regulaziun per «impedir ina reducziun excessiva da la populaziun regionala da mamals selvadis cun unglas pèr» (chavriel, tschierv, chamutsch, capricorn, portg selvadi). Ina regulaziun pervia d'ina reducziun excessiva da las populaziuns da spezias da selvaschina da chatscha bassa permessas n'è pia betg prevista en l'art. 7a al. 2 lit. c LChP. Dentant – tenor l'art. 7a al. 2 lit. a LChP – fissi pussaivel da regular las populaziuns da lufs, sche spezias da selvaschina da chatscha bassa fissan cumprovadamain periclitadas en lur existenza tras la preschientscha dal luf. Actualmain n'èn dantant avant maun nagins mussaments scientifics che inditgassan in tal effect. La Regenza vegn vinavant a garantir, ch'il monitoring da las populaziuns da selvaschina – inclusiv selvaschina da chatscha bassa – vegnia actualisà cuntinuadamain ed integrà en las strategias chantunalas da management dals animals selvadis. Sche las enconuschientschas scientificas duessan sa midar en il futur, vegniss examinada ina regulaziun.



En num da la Regenza

Il president:

Martin Bühler

Il chancelier:

Daniel Spadin

Interpellanza Roffler concernente l'attuazione dell'articolo 7a della legge sulla caccia e la sua concretizzazione nell'ordinanza

Allo stato attuale, l'attuazione dell'art. 7a cpv. 2 della legge federale sulla caccia (LCP) a livello di ordinanza (ordinanza federale sulla caccia, OCP) non è completa (lett. a) rispettivamente non è avvenuta in modo fedele al testo (lett. c). In particolare, vi è una discrepanza tra legge e ordinanza per quanto riguarda due punti fondamentali:

1. Regolazione del lupo per proteggere gli spazi vitali e conservare la diversità delle specie

L'art. 7a cpv. 2 lett. a LCP permette una regolazione del lupo se spazi vitali o la diversità delle specie sono minacciati. Conformemente alla Costituzione e alla legge sulla protezione della natura e del paesaggio gli spazi vitali protetti quali torbiere basse nonché prati e pascoli secchi godono di una protezione completa. La maggior parte di queste superfici ha assolutamente bisogno di una gestione, ad esempio tramite pascolo o sfalcio. Se questa gestione viene resa impossibile o fortemente ostacolata a seguito della presenza del lupo, vi è il rischio che queste superfici perdano il loro valore in relazione alla protezione della natura. Sono determinanti in particolare le liste rosse delle specie animali e vegetali minacciate nonché le liste delle specie nei confronti delle quali è data una responsabilità e delle specie prioritarie. Il lupo gode del livello di responsabilità e di priorità più basso e la sua potenziale area di diffusione in Svizzera non è limitata alle regioni di montagna. In Svizzera diverse centinaia di specie nei confronti delle quali è data una responsabilità vivono esclusivamente nelle regioni di montagna e dipendono necessariamente da prati e pascoli gestiti. Secondo la Convenzione di Berna, da poco il lupo è considerato «protetto». Di conseguenza, gode dello stesso statuto di protezione di cui beneficiano il toporagno, il cervo, il capriolo, la marmotta, il tasso e la martora. L'allegato II alla Convenzione di Berna comprende le specie «assolutamente protette». L'elenco contiene centinaia di specie, molte delle quali sono presenti anche nei Grigioni su terreni agricoli. Si pone la questione di come il Cantone garantisca la protezione delle specie in questione qualora la presenza del lupo dovesse comportare pregiudizi diretti e indiretti.

2. Regolazione del lupo in caso di eccessiva decimazione degli effettivi di selvaggina

L'art. 7a cpv. 2 lett. c LCP permette la regolazione dei lupi per «mantenere effettivi adeguati di selvaggina a livello regionale». Nell'ordinanza (art. 4b cpv. 2 lett. b OCP) questo proposito è stato tuttavia adeguato sotto il profilo del contenuto: le regolazioni sono ammesse per «prevenire una riduzione eccessiva dell'effettivo regionale di artiodattili selvatici». Non vengono quindi più menzionati gli effettivi di selvaggina in generale, bensì solo gli artiodattili. Questo allontanamento dall'intenzione espressa nella legge è molto problematico. Esso cela il rischio di ulteriori difficoltà per la selvaggina minacciata e protetta, come ad es. le specie di selvaggina minuta gallo cedrone e fagiano di monte nonché lepre variabile e lepre comune. Queste specie possono essere ulteriormente minacciate da predazione diretta, perdita di habitat a seguito dell'abbandono di pascoli alpini e boschivi nonché a seguito di misure di protezione del bestiame (cani da protezione del bestiame, recinzioni, azioni di disturbo notturne tramite luce e rumore). Queste specie sono oggetto di misure di promozione mirate in tutta la Svizzera e in particolare nel Cantone dei Grigioni. È assurdo che onerose attività di promozione vengano vanificate dalla protezione del lupo.

Sulla base di quanto esposto, preghiamo il Governo di rispondere alle seguenti domande:

1. Come intende il Governo risolvere nella prassi in modo pulito la discrepanza tra le disposizioni della legge (art. 7a LCP) e della relativa ordinanza (art. 4b OCP)?
2. Il Governo è disposto, in caso di minaccia per spazi vitali e specie protetti, ad avviare attivamente la regolazione del lupo per garantire che le disposizioni in materia di protezione della natura siano soddisfatte?
3. Il Governo condivide l'opinione secondo cui la LCP permette una regolazione anche se, a seguito della presenza del lupo, a livello regionale gli effettivi di selvaggina minuta vengono ridotti a una misura insufficiente dal profilo della protezione della natura oppure si trovano già a un livello troppo basso? Se sì: come viene attuata concretamente nella pratica tale disposizione (art. 7a cpv. 2 lett. c LCP)?

Coira, 22 ottobre 2025

Roffler, Zanetti (Sent), Schutz, Bärtsch, Beeli, Berther, Brandenburger-Caderas, Brunold, Caduff, Candrian (Flims Dorf), Casutt, Cortesi, Cramerli, Crüzer, Della Cà, Dürler, Furger, Gort, Grass, Hassler, Heim, Holzinger-Loretz, Jochum, Koch, Kocher, Krättli, Laim, Lamprecht, Lehner, Loi, Luzio, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Metzger, Morf, Padrun, Righetti, Schneider, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Ulber Daniel, von Tscharnner



Seduta del

13 gennaio 2026

Comunicato il

15 gennaio 2026

Protocollo n.

1/2026

Interpellanza Roffler

concernente l'attuazione dell'articolo 7a della legge sulla caccia e la sua concretizzazione nell'ordinanza

Risposta del Governo

Con l'introduzione dell'art. 7a della legge federale sulla caccia e la protezione dei mammiferi e degli uccelli selvatici (legge sulla caccia, LCP; RS 922.0) è stata creata la base per una regolazione preventiva anche degli effettivi di lupo, in analogia all'ordinamento delle competenze valido per lo stambecco (protetto). Le disposizioni esecutive dell'ordinanza sulla caccia e la protezione dei mammiferi e degli uccelli selvatici (ordinanza sulla caccia, OCP, RS 922.01) concretizzano questo incarico conferito dalla legge. Il rapporto tra disposizioni esecutive e legge sovraordinata può essere di carattere generale, quando l'ordinanza dà concretizzazione a tutti gli aspetti della legge, oppure soltanto di carattere puntuale, quando l'ordinanza dà concretizzazione a singoli aspetti della legge. L'ampiezza con cui viene disciplinato l'oggetto di singole disposizioni esecutive dipende in particolare dalla volontà del legislatore. Tale volontà risulta dal materiale legislativo (iniziativa parlamentare CAPTE-CS 21.502 «L'aumento delle popolazioni di lupi diventa incontrollabile e senza la possibilità di regolamentarlo minaccia l'agricoltura», rapporto della CAPTE-CS). L'elemento centrale del progetto di revisione consiste quindi nella regolazione proattiva degli effettivi di lupo per proteggere l'agricoltura e l'economia alpestre.

Conformemente al materiale legislativo, l'art. 7a cpv. 2 lett. a LCP serve da giustificazione fondamentale per la regolazione degli effettivi di stambecco. Con l'art. 7a cpv. 2 lett. c LCP il mantenimento di effettivi di ungulati cacciabili è stato introdotto quale obiettivo indipendente, che a sua volta può giustificare una regolazione degli effettivi di stambecco o di lupo. Questa volontà del legislatore ha avuto ripercussioni sulle disposizioni esecutive.

Il Governo si dichiara esplicitamente a favore della protezione e della conservazione degli spazi vitali e della diversità delle specie ancorate nella Costituzione federale della Confederazione Svizzera (Cost.; RS 101) e nella legge sulla protezione della natura e del paesaggio (LPN; RS 45. 1) nonché a favore di un paesaggio rurale alpino gestito in modo sostenibile. Da programmi di monitoraggio cantonali e nazionali attuali non emergono indizi secondo cui la presenza del lupo attualmente minaccerebbe spazi vitali protetti o specie rare.

In merito alla domanda 1: le discrepanze asserite si basano su un'interpretazione troppo ampia del testo della legge e su una considerazione unilaterale degli aspetti ecologici. L'attuazione dell'art. 7a cpv. 2 LCP nell'ordinanza sulla caccia è sia fondata dal punto di vista specialistico sia corretta dal punto di vista giuridico. Per tale ragione, attualmente il Governo non ravvisa alcuna necessità di intervenire presso la Confederazione a tale riguardo. Siccome però gli effetti ecologici a lungo termine causati dal lupo al nostro paesaggio antropizzato sono stati analizzati in misura ancora insufficiente, il Governo sostiene le iniziative di ricerca in corso come il progetto «Monitoraggio e gestione integrati» (KORA 2022–2025), il quale mira a migliorare le basi scientifiche.

In merito alla domanda 2: secondo il Governo, al momento la regolazione ai fini della protezione della diversità delle specie prevista dall'art. 7a cpv. 2 lett. a LCP non si impone né dal profilo specialistico né da quello giuridico. Effetti rilevanti per le specie protette che vivono negli spazi aperti sarebbero da attendersi soprattutto laddove compiti di gestione vengono eseguiti su vaste superfici. Attualmente non esistono prove al riguardo. Una regolazione secondo l'art. 7a cpv. 2 lett. a LCP verrebbe presa in esame se sussistessero, cumulativamente, (i) una minaccia documentata per spazi vitali protetti o specie prioritarie, (ii) un nesso causale dimostrato con la presenza del lupo e (iii) un fallimento di misure di protezione più lievi e proporzionate. Una regolazione generale o preventiva del lupo senza prove solide al riguardo sarebbe contraria alle direttive del diritto federale.

In merito alla domanda 3: la disposizione di cui all'art. 7a cpv. 2 lett. c LCP viene concretizzata dall'art. 4b cpv. 2 lett. b OCP, secondo cui è ammessa una regolazione per «prevenire una riduzione eccessiva dell'effettivo regionale di artiodattili selvatici» (capriolo, cervo, camoscio, stambecco, cinghiale). Pertanto, nell'art. 7a cpv. 2 lett. c LCP non è prevista una regolazione a seguito di una riduzione eccessiva dell'effettivo di specie di selvaggina minuta cacciabili. Tuttavia, conformemente all'art. 7a cpv. 2 lett. a LCP una regolazione dell'effettivo di lupo sarebbe possibile se la presenza del lupo minacciasse la sopravvivenza di specie di selvaggina minuta. Attualmente non esistono tuttavia prove scientifiche che indichino un tale effetto. Il Governo continuerà a garantire che il monitoraggio degli effettivi di selvaggina, compresa la selvaggina minuta, venga aggiornato su base continua e integrato nelle strategie cantonali di gestione della selvaggina. Se le evidenze scientifiche dovessero cambiare in futuro, una regolazione verrebbe presa in esame.



In nome del Governo

Il Presidente:

Martin Bühler

Il Cancelliere:

Daniel Spadin